

Pan-Europa oder das vergessene Erbe eines europäischen Gründervaters



Eine Briefmarke aus Österreich zeigt Richard Coudenhove-Kalergi. [Foto: rook76/Shutterstock]

Coudenhove-Kalergi gehört zu den Vordenkern des europäischen Einigungsprozesses. Seine Nachlassverwalter führen mittlerweile ein Schattendasein.

Bei den Nachrichtenagenturen findet man keine Meldungen. Erst auf Nachfrage erfährt man, dass sich letzte Woche in Wien 300 Teilnehmer aus Europa und den USA zusammenfanden, um sich dem Thema „Pan-Europa" zu widmen. Sogar drei Staatspräsidenten, nämlich Gjorge Ivanov aus Mazedonien, Hashim Thaci aus dem Kosovo und der Albanier Bujar Nishani kamen nach Wien.

Anlass war der 90-ste Jahrestag des ersten Paneuropa-Kongresses. Damals, im Oktober 1926, stellte Richard Coudenhove-Kalergi jenes Manifest vor, das der politischen Entwicklung in Europa eine Trendwende hätte geben sollen: Abbau der Grenzen zwischen europäischen Staaten, Schaffung eines europäischen Staatenbundes, Gleichberechtigung und Verständigung unter den Völkern als Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Es bedurfte noch des Zweiten Weltkriegs und es dauerte bis März 1957 ehe es zur Unterzeichnung der römischen Verträge kam, die das größte europäische Friedenswerk, die heutige Europäische Union schufen.

Der Erste Weltkrieg war für den Schriftsteller und Journalisten Richard Coudenhove-Kalergi der ausschlaggebende Anlass, sich politisch zu engagieren und die visionäre Idee eines „Pan-Europa" zu entwickeln. Es hätte den gesamten Kontinent von Russland bis zum Atlantischen und Mittelländischen Meer, Island sowie die Kolonien der europäischen Staaten umfassen sollen.

Sein Vorschlag erregte 1922 internationales Aufsehen. Und es formierte sich eine politische Bewegung. 1924 wurde die Paneuropa-Union gegründet. Sie ist somit die älteste europäische Einigungsbewegung. Ihr gehörten im Lauf der Zeit nicht nur berühmte Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Thomas Mann, Sigmund Freud, Otto Habsburg sondern auch Spitzenpolitiker wie Konrad Adenauer, Aristide Briand, Charles de Gaulle, Georges Pompidou und Bruno Kreisky an.

Die PEU ein Erinnerungsverein

Heute ist die Paneuropa-Union zwar noch immer in insgesamt 27 Staaten vertreten, die Außenwirkung und die Bekanntheit hält sich allerdings in engen Grenzen. Der Begriff „Pan-Europa" sagt der Bevölkerung nur noch wenig. Internationaler Präsident ist der Franzose Alain Terrenoire, in Deutschland steht der ehemalige CSU-Europa-Abgeordnete Bernd Posselt, in Österreich Karl Habsburg an der Spitze. Politisch spielt die Bewegung heute auf europäischer Ebene kaum eine Rolle, hat die Wertigkeit eines Erinnerungs-Vereins. Das hat gerade der so genannte Jubiläumskongress deutlich gemacht, der in der Öffentlichkeit fast kaum Resonanz fand.

Das mag an der eigenen Organisation liegen, die zwar in der Vergangenheit schwelgt, aber dem Marketing zu wenig Augenmerk schenkt, zeigt aber auch das mangelnde Interesse der Medien und der Politiker, sich mit den Wurzeln des europäischen Einigungsprozesses zu beschäftigen und, abseits des Main-Streams, Diskussionen über die Zukunft Europas und die europäischen Werte zu führen. So wurden beide Präsidentschaftskandidaten zu einem Vortrag eingeladen, der Grüne Alexander van der Bellen sagte ab, der FPÖ-ler Norbert Hofer, der noch im Juni mit einem „Öxit" spekuliert hatte, nützte die Gelegenheit eines öffentlichen Auftritts, um sein Europa-Bild etwas zurecht zu rücken. Und er kritisierte dabei unter anderem den Hang der Medien, wenn es um Europa geht, immer nur die negative Schlagzeile zu suchen.

Durchaus mehr Aufmerksamkeit hätten sich die drei Staatspräsidenten von Albanien, Kosovo und Makedonien verdient. Sie hoben nicht nur die Bedeutung der EU-Beitrittsperspektive für ihre Länder hervor, sondern brachen insbesondere eine Lanze für die Jugend. „Die Jungen wollen nicht mit den ethnischen Feindschaften der Vergangenheit leben. Sie wollen ein besseres Leben in Demokratie, Frieden und Wohlstand" in der EU, betonte etwa Thaci. Die Kosovaren seien froh, dass das Kapitel der ethnischen Kriege beendet sei. Ivanov erklärte: „Die jungen Menschen wünschen sich offene Räume. Ein offener Geist ist das Ergebnis eines offenen Raumes". Und Nishani merkte an, Albanien sei zwar ein junger Staat, politisch wie demografisch, verfüge aber über viel unverbrauchte Kraft: „Diese Energie müssen wir in die richtige Richtung lenken."